



06.09.2003

SPD: Auf Ausgleich verzichten

Größenordnungen von 40 Euro und mehr pro Quadratmeter waren im Gespräch. Grundbucheintragungen könnten gelöscht werden.

leer / HAS : So wie es aussieht, können sich die Hauseigentümer in der Sozialen Stadt berechnete Hoffnungen machen, keine Ausgleichsbeträge mehr zahlen zu müssen. Außerdem bestehen beste Aussichten, dass die Grundbucheintragungen der betroffenen Bewohner wieder gelöscht werden. Diese Botschaft überbrachten der SPD-Fraktionsvorsitzer Heinz Dieter Schmidt und Grünen-Fraktionsvorsitzer Bruno Schachner der Bürgerinitiative „Soziale Stadt“, die von ihrem Vorsitzter Bernd Meyer vertreten wurde.

Wie Schmidt gestern in einem Gespräch mit der OZ sagte, haben Gutachter die Wertsteigerung der Grundstücke ermittelt, die sich durch das Projekt Soziale Stadt ergeben. Danach lägen die Ausgleichsbeträge für Hauseigentümer „deutlich unter fünf Euro“. Damit seien die von der CDU-Fraktion ins Spiel gebrachten Größenordnungen von 40 Euro und mehr widerlegt.

Das Gutachten liegt zwar offiziell noch nicht vor, aber Heinz Dieter Schmidt kennt die Eckwerte. Bei einem Ausgleichsbetrag von fünf Euro und weniger habe die Stadt die Möglichkeit, aus dem formellen Verfahren ein vereinfachtes Verfahren zu machen. Bei dem formellen Verfahren wird exakt abgerechnet. Bei dem vereinfachten Verfahren kann die Stadt auf Ausgleichsbeträge verzichten, wenn der Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zu den Einnahmen steht. Bei fünf Euro und deutlich weniger sei das zu erwarten, so SPD-Fraktionschef Schmidt: „Wir wollen in der Oststadt was für die kleinen Leute tun.“

Bei dem vereinfachten Verfahren könnten auch die Grundbucheintragungen gelöscht werden.

Damit wären die beiden Hauptziele der Bürgerinitiative erreicht und „meine Mission erfüllt“, so BI-Vorsitzer Bernd Meyer.

SPD und Grüne wollen für die nächste Ratssitzung einen Antrag auf ein vereinfachtes Verfahren stellen. Dass es dafür eine absolute Mehrheit im Rat geben werde, sei sicher.

Wenn alle Beteiligten auch guter Dinge sind, ganz vom Eis ist die Kuh auch dann noch nicht. Die Bezirksregierung muss dem Beschluss der Stadt noch zustimmen.

Die Hürde sei aber sehr niedrig, glauben Schmidt, Schachner und Meyer. Zumal dann, wenn es eine einstimmige Entscheidung gibt.

Das Projekt Soziale Stadt ist auf zehn Jahre angelegt und wird mit insgesamt 11 Millionen Euro aus einem Topf gespeist, in den Land, Bund und die EU einzahlen. Mit dem Geld soll vor allem das Wohnumfeld verbessert werden.